

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 20. Juli 2023

Mehr Flexibilität: Reform in den Wohn- und Pflegezentren

Personalnormen in der Pflege werden neu definiert

„Die Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) sollen mehr Flexibilität bei der Einhaltung der Personalnormen erhalten.“ Das teilte der zuständige Minister für Senioren, Antonios Antoniadis (SP), der Presse mit, nachdem die Regierung in ihrer jüngsten Sitzung einen entsprechenden Erlass in erster Lesung verabschiedete.

„Ziel der Reform ist es, den Fokus vermehrt auf die Begleitung der Bewohner im Alltag zu setzen und die Aufgaben in der Betreuung und der Pflege auf breitere Schultern zu verteilen“, so der SP-Minister in einer ersten Stellungnahme.

„Möglich soll das werden, indem den Einrichtungen mehr Freiheiten gewährt werden, das Personal entsprechend des eigenen Hauskonzepts und der Bedürfnisse der Bewohner einzusetzen. Zudem sollen die Mitarbeitenden noch gezielter in den Bereichen eingesetzt werden, für die sie ausgebildet wurden“, erklärte Antoniadis. „Gerade, weil es überall einen Fachkräftemangel gibt, müssen wir die verfügbaren Ressourcen so klug wie möglich einsetzen. Das wird auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden verbessern.“

Die Reform der Personalnormen sieht der Minister als zusätzlichen Baustein einer Gesamtstrategie: „Seit 2016 arbeiten wir daran, die Gehälter und die Arbeitsbedingungen in der häuslichen Hilfe und seit 2019 in den WPZS zu verbessern. Daneben arbeiten wir am Ausbau der Angebote, um das selbstbestimmte Leben zu fördern. Alternative Wohnformen, die Schaffung des Pflegegelds und der Ausbau der Infrastruktur gehören ebenfalls zu diesem Unterfangen. Das wird sicherlich nicht alle Herausforderungen in der Pflege lösen, aber es sind allesamt Schritte in die richtige Richtung.“

Damit der Erlass in Kraft treten kann, werden zunächst verschiedene Gutachten und Stellungnahmen gefragt. Die neuen Normen sollen zum 1. Januar 2024 greifen.

Die DG ist seit 2019 zuständig für die Wohn- und Pflegezentren. Für die Krankenhäuser bleibt der Föderalstaat weiterhin verantwortlich. Aus diesem Grund kann die DG in diesem Sektor keine Reformen für Patienten und Personal vornehmen.

Weitere Auskünfte erteilt:

Linda Zwartbol

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis

Klötzerbahn 32 - 4700 Eupen

TELEFON +32 87 / 876 740, E-MAIL linda.zwartbol@dgov.be